

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Riesa,
Fiermstr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 148.

Montag, 27. Juni 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Vor der Entscheidung.

Reichskanzler Papen wieder in Lausanne eingetroffen.

Am Dienstag Erlaß der Notverordnung zur Uniform- und Demonstrationsfrage.

Baven berichtet

Berlin, 27. Juni.

Der Reichskanzler berichtete in der Kabinettsitzung am Sonnabend über die von der deutschen Delegation in Lausanne geführten Verhandlungen. Die bisherige Haltung der Delegation fand die Billigung des Kabinetts. Auch den vom Reichskanzler vorgeschlagenen weiteren Absichten der deutschen Delegation stimmte das Kabinettsamt einmütig zu.

Im Anschluß hieran erstattete der Reichsminister des Innern Bericht über seine Verhandlungen mit den Länderregierungen.

Am Sonnabendnachmittag berichtete der Reichskanzler auch dem Reichspräsidenten über die politische Lage.

Nach Lausanne zurück

Reichskanzler von Papen begab sich am Sonntag mit dem Fahrplanmäßigen S.P. 3000 Mail-Lugano, um 16.22 Uhr nach Lausanne zurück.

Der Reichskanzler und Herriot wieder in Lausanne.

Lausanne. (Funkpr.) Reichskanzler von Papen ist heute vormittag kurz nach 11 Uhr in Lausanne eingetroffen. Herriot ist bereits heute früh angekommen.

Schlechte Aussichten für Lausanne

Das Hauptereignis des Sonntags war eine Besprechung, die Reichskanzler von Papen vor seiner Rückreise nach Lausanne mit dem Reichsbankpräsidenten hatte. Dr. Luther ist erst Montagfrüh aus Lausanne zurückgekehrt, war also fast einen Tag länger dort als der Kanzler. Es ist selbstverständlich, daß er das Bedürfnis hatte, Herrn von Papen noch über seine letzten Unterredungen und Eindrücke zu unterrichten. Ueber diesen rein informativen Charakter dürfte die Bedeutung der Unterhaltung allerdings kaum hinausgehen.

Das Bezeichnende der Lage ist die Gleichzeitigkeit des Berliner Aufenthaltes des Kanzlers und der Pariser Reise des französischen Ministerpräsidenten, wobei ganz natürlich die Entscheidung über den vorläufigen Ausgang der Lausanner Konferenz auf der Gegenseite liegt. Der deutsche Standpunkt ist bekannt, und deshalb hatte der Berliner Aufenthalt des Reichskanzlers außenpolitisch auch nur den Sinn, daß Herr von Papen seine Kollegen über den Stand der Dinge unterrichtete. Das Schicksal der Konferenz dagegen liegt bei dem, was Herriot aus Paris mitbringt. Da die Verhandlungen in Lausanne heute weitergehen, ist es durchaus möglich, daß die Entscheidung bereits im Laufe des Montagabends oder am Dienstag fällt.

Man verrät keine Geheimnisse mehr, wenn man hinzuzügt, daß die Aussichten nicht sehr günstig beurteilt werden. Wie auch die Lausanner Sonderkorrespondenten der Berliner Zeitungen ja bereits andeuten, spricht die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß

die Konferenz in einer Permanenzklärung endet, durch die das von den Gläubigermächten verkündete Moratorium aufrechterhalten bleibt,

was sich, vielleicht im Herbst, die Möglichkeit eines endgültigen Arrangements bietet.

Die Lausanner Erörterungen zur Belebung der europäischen Wirtschaft.

Lausanne. (Funkpr.) Die Erörterungen in Lausanne, die im engeren Kreise der Delegationen auch am Sonntag weitergegangen sind, konzentrierten sich im Augenblick besonders auf die Gedankengänge, die schon im belgischen Memorandum aufgetaucht und in etwas veränderter Form in einem Plan des stellvertretenden Generalsekretärs des Völkerbundes, des Franzosen Avenol, niedergelegt worden sind. Es handelt sich dabei um eine sogenannte Gemeinschaftskasse, deren Zweck in erster Linie die Beschaffung von Mitteln zur Belebung der europäischen Wirtschaft ist. Die Konstruktion scheint im wesentlichen so gedacht, daß die noch künftig hin zahlungsfähigen Länder gewisse Einzahlungen leisten, auf die hin Notleidenden unter gewissen Voraussetzungen Kredite zur Belebung der Wirtschaft und

zum Wiederaufbau gewährt werden sollen. Das doppelte Ziel ist offenbar eine Art finanziellen und währungsmäßigen Ausgleichs unter gleichzeitiger Veränderung der Beziehungen und Verbindung der Interessen innerhalb der Gesamtheit der beteiligten Mächte und, zunächst uneingeschränkt, mindestens eine Abschwächung des verhängnisvollen und von deutscher Seite stets nicht nur aus egoistischen Gründen bekämpften Prinzips der einseitigen gegenwärtigen politischen Zahlungen.

Londoner Vermutungen über Lausanne.

London. In den Blättern wird die Erwartung ausgesprochen, daß es sich nunmehr Mitte dieser Woche zeigen dürfte, ob der in den bisherigen deutsch-französischen Besprechungen erzielte leichte Fortschritt aufrechterhalten werden kann.

Im News Chronicle schreibt Walter Linton aus Lausanne, sein erster Eindruck sei, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Deutschen und den Franzosen bezüglich einer endgültigen Zahlung nur ganz geringfügig seien. Ein erfahrener Beobachter habe geäußert, er habe noch nie eine Konferenz gekannt, wo die endgültigen Meinungsverschiedenheiten so gering waren, und wo es so schwierig gewesen sei, sie zu überbrücken.

Times sagt in einem Leitartikel, Herriot leugnet nicht länger den schädlichen Charakter der nichtkommerziellen Zahlungen großen Umfangs. Ueber die Frage einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich sei Genaueres nicht mitgeteilt worden. Die übrigen interessierten Mächte würden ihr Urteil davon abhängig machen, ob der Plan geeignet sei, dem allgemeinen Interesse zu dienen. Eine kleine abschließende Zahlung sollte möglich sein, meint Times, ohne den internationalen Handel zu stören. Für eine Vereinbarung sei vor allem etwas mehr Rührigkeit der Führer in Lausanne bei Uebernahme von Verantwortlichkeiten notwendig, auch wenn darauf eine Rechtfertigung gegenüber einer zweifelnden oder empörenden öffentlichen Meinung erfolgen müsse. Die Reparationsfrage sei in der Hauptsache ein Problem, das von den Staatsmännern geregelt werden müsse und nicht von dem Geschrei einer Volksmenge.

Der Reichskanzler über seine Lausanner Verhandlungen.

Berlin. Reichskanzler von Papen erklärte einem Vertreter des W.F.B. mit Bezug auf die Veröffentlichungen in der französischen Presse über die Unterhaltungen in Lausanne am Freitag u. a.: Schon in der Rede, die ich in der ersten Plenarversammlung gehalten habe, habe ich darauf hingewiesen, daß es sich in Lausanne nicht darum

handeln kann, die juristischen Grundlagen des Reparationsproblems zu erörtern, sondern ausschließlich die tatsächliche Lage, die zu einer endgültigen Befriedigung dieses für die gesamte Weltwirtschaft verheerenden Fragenkomplexes ist. In diesem Zusammenhang habe ich gegenüber den Vertretern der französischen Presse wiederholt betont, daß die Wiederanfrischung der Weltwirtschaft ein Zusammenarbeiten besonders zwischen Deutschland und Frankreich bessere und gewinnbringendere Vorteile erbrächte, als die Fortführung irgendwelcher Reparationszahlungen. Wenn man die Weltwirtschaft wieder in Ordnung bringen wolle, dürfe man nicht bei der Befriedigung der politischen Tribute und Zahlungen stehen bleiben, sondern müsse konstruktive Maßnahmen ins Auge fassen. Ich bin der Ansicht, daß der Entschluß der europäischen Großmächte, ihre eigenen Angelegenheiten auf solcher Grundlage zu ordnen, den besten Eindruck in den Vereinigten Staaten machen würde, und ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß trotz der in Angelegenheiten der Tribute sehr großen deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten der Weg zu einer gemeinsamen Aktion der europäischen Mächte gefunden werden wird.

Das angebliche „Matin“-Interview des Reichskanzlers.

Berlin. (Funkpr.) Angesichts der Tatsache, daß die angeblichen Erklärungen des Reichskanzlers von Papen gegenüber einem Vertreter des „Matin“ trotz des Dementis der Reichsregierung noch immer in der in- und ausländischen Presse erörtert werden, wird von zuständiger Stelle nachdrücklich erklärt, daß Reichskanzler von Papen in keinem seiner Gespräche in Lausanne von einer Anerkennung der Rechte Frankreichs oder von Frankreichs Rechten auf Kompensationen gesprochen hat. Im übrigen ist auch die Darstellung vollkommen abwegig, die der „Matin“ nachträglich von der Unterredung gibt und in der behauptet wird, die Erklärungen des Kanzlers seien noch schärfer formuliert gewesen, als sie das Blatt veröffentlicht hat, und seien ausdrücklich als zur Veröffentlichung bestimmt genannt worden. Reichskanzler von Papen hat die Unterredung mit dem Vertreter des „Matin“ in Gegenwart des Legationsrates Thomion gehabt und der Inhalt der Unterredung ist ausdrücklich als vertraulich bezeichnet worden.

In diesem Zusammenhang erfahren wir von unterrichteter Seite weiter, daß die Stellungnahme eines großen westdeutschen Blattes, in der trotz des Dementis der Reichsregierung das angebliche Interview als authentisch bezeichnet wird, in Kreisen der Reichsregierung als geradezu beispiellos angesehen wird. Man bezeichnet es als völlig unverständlich, daß eine deutsche Zeitung den Worten französischer Journalisten mehr Glauben schenkt als den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers.

Am Dienstag Uniform-Notverordnung.

Soweit die aktuellen innerpolitischen Fragen durch den Berliner Besuch des Kanzlers berührt werden, ist festzustellen, daß nun für Dienstag mit dem Erlaß der Notverordnung zur Uniform- und Demonstrationsfrage zu rechnen ist. Bis Dienstagvormittag werden die Antworten aller Länder vorliegen, und im Anschluß daran wird der Reichsinnenminister dem Reichspräsidenten die Notverordnung unterbreiten. Daß sie kommt, daran wird nach der bayerischen Antwort nicht mehr gezweifelt. Der Reichsinnenminister dürfte in der Kabinettsitzung am Sonnabendnachmittag auch bereits in diesem Sinn ermächtigt worden sein.

Eine Auflage-Erklärung der B.Z. am Mittag.

Berlin. Die B.Z. am Mittag veröffentlicht heute eine ihr von der Reichsregierung zugegangene Auflage-Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die B.Z. am Mittag hat in ihrer Nummer vom 25. Juni d. J. einen Bericht über die Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten vor dem bayerischen Landtag unter folgenden Ueberschriften gebracht:

„Bavaria appelliert an den Reichspräsidenten. Die Gefahr eines Umsturzes, der das Reich tödlich treffen könnte. Geldsensationale Erklärung.“

Die Form der Meldung legt die Gerüchtemacherei fort, mit der die B.Z. schon am Tage vorher durch die tendenziöse, nach dem Inhalt des eigenen Berichtes durch nichts begründete Schlagzeile „Ausnahmestand in Bayern“ begonnen hatte. Die Zusammenstellung und Aufmachung der Ueber-

schriften muß den Eindruck erwecken, als ob nach Ansicht der bayerischen Regierung die Politik der Reichsregierung zu einem für das Reich schädlichen Umsturz führen müsse und als ob deswegen der bayerische Ministerpräsident mit einer sensationellen Erklärung das Eingreifen des Reichspräsidenten erbeten habe. Dies steht mit den Tatsachen in offenem Widerspruch. Von der Gefahr eines gewaltsamen Umsturzes als Folge der Maßnahmen der Reichsregierung kann selbstverständlich keine Rede sein. Der bayerische Ministerpräsident hat auch das nicht gesagt.

Es steht einwandfrei fest, daß die sachlichen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung in der Frage der Zweckmäßigkeit allgemeiner Uniform- und Demonstrationsverbote bestehen, auf dem Boden des Rechts ohne irgendwelche sensationellen Schritte geregelt werden.

Der Brief der bayerischen Staatsregierung eingetroffen.

Berlin. Der angekündigte Brief der bayerischen Staatsregierung ist, wie Berliner Blätter erfahren, am Sonnabend nachmittag durch Flugpost beim Reichspräsidenten eingetroffen. In Berliner politischen Kreisen werde berichtet, daß der Brief durchaus sachlich gehalten sei und nur die Gründe für die ablehnende Haltung der bayerischen Regierung enthalte.

Berlin. (Funkpr.) Der Brief der bayerischen Staatsregierung an den Reichspräsidenten ist vom Reichspräsidenten sofort beantwortet worden. Nach Mitteilung aus Kreisen der Reichsregierung ist nicht beabsichtigt, den Inhalt des Briefes zu veröffentlichen.